

# Was uns bewegt - Politik in Holle und unserer Region

## INHALT

### SEITE 2

INTERVIEW MIT OLAF LEVONEN,  
LANDRAT DES LANDKREISES  
HILDESHEIM

### SEITE 5

GRUPPENVEREINBARUNG  
ZWISCHEN SPD UND CDU IM  
KREISTAG

### SEITE 7

MIGRATIONSAUSSCHUSS DES  
KREISTAGES

BERND WESTPHAL ZUM  
KANDIDATEN GEWÄHLT

### SEITE 9

KLAUSURTAGUNG DER  
GEMEINDERATSFRAKTION HOLLE

### SEITE 10

SCHULKRANKENSCHWESTERN –  
FÜR EIN MODELLPROJEKT DES  
LANDKREISES HILDESHEIM.

von Klaus Bruer und Sven  
Wieduwilt

### SEITE 12

SPD-GEMEINDERATSFRAKTION  
BESICHTIGT KINDERGÄRTEN

IMPRESSUM

## Nummer 4

Mit ein wenig Verspätung liegt die vierte Ausgabe meines Info-Dienstes vor.

Ich freue mich, dass unser Landrat Olaf Levonen mir für ein Interview zur Verfügung stand. Themen sind u.a. Suedlink, die Flüchtlingspolitik und die allgemeine Situation der SPD.

Ein Artikel dieser Ausgabe befasst sich mit der Gruppenvereinbarung zwischen SPD und CDU im Hildesheimer Kreistag. Diese sieht u.a. die Einführung eines Modellprojektes „Schulkrankenschwestern“ an zwei Schulen vor. Bereits einige Wochen vor dem Abschluss der Gruppenvereinbarung hatten Klaus Bruer, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, und ich hierzu einen Diskussionsvorschlag veröffentlicht. Dieses Papier habe ich in die vorliegende Ausgabe ebenfalls aufgenommen.

Am 25. November wurde Bernd Westphal zum Kandidaten der SPD bei der Bundestagswahl im September 2017 aufgestellt. Der Artikel hierzu gibt auch Teile der Rede von Bernd Westphal wieder.

Schließlich, im Sinne von „last but not least“ finden sich in dieser Ausgabe zwei Berichte über die SPD-Fraktion im Holler Gemeinderat. Zum einen gibt es einen Überblick über die Klausurtagung der Fraktion Anfang November, bei dem über Haushalt, Dorfentwicklung und weitere Schwerpunkte beraten wurde. Ein Ergebnis war das Vorhaben, die Kindergärten zu besichtigen. Es wurde kurze Zeit später umgesetzt. Ein Bericht hierüber bildet den Abschluss dieser Ausgabe.

Viel Spaß beim Lesen!

Mit solidarischen Grüßen

Sven Wieduwilt

# Interview

## mit Olaf Levonen, Landrat des Landkreises Hildesheim

---

### **Du bist nun seit eineinhalb Monaten als Landrat im Amt. Eine große Umstellung?**

Ich habe das Amt des Landrates am 19.09.2016 angetreten und kann feststellen, dass es keine große Umstellung für mich bedeutet hat. Durch meine Tätigkeit als Erster Kreisrat und die damit verbundene zeitweise Wahrnehmung der Geschäfte des Landrates war ich sehr gut auf die jetzigen Aufgaben vorbereitet.

### **Welche Vorhaben stehen bei Dir in den kommenden Wochen auf der politischen Tagesordnung?**

Wie bereits in meinen Wahlschwerpunkten angekündigt, habe ich als eine der ersten Maßnahmen die Zusammenlegung der Bereiche Fachdienst Ausländer, Aufgabengebiet Asylbewerberleistungsgesetz sowie Koordinierungsstelle Integration zum 01.01.2017 verfügt. Gleich an meinem zweiten Arbeitstag habe ich die notwendigen Gespräche mit den dafür Zuständigen geführt und alle Beteiligten von der Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme überzeugen können. Ich habe ebenfalls zum 01.01.2017 verfügt, dass mir der heutige Fachdienst 305 "Planung und Infrastruktur" wieder als Organisationseinheit direkt unterstellt wird. Ich plane für den Stellenplan 2017 in diesem Bereich eine zusätzliche Stelle zu schaffen, damit die in meinen Wahlschwerpunkten genannten Themengebiete "Verbesserung der Mobilität und Internetversorgung" zügig angegangen werden können. Ansonsten habe ich sogleich einige kleine organisatorische Änderungen in

der Kreisverwaltung vorgenommen. In den kommenden Monaten werden mich insbesondere die Konstituierung des neuen Kreistages als auch die Aufstellung des Haushaltes 2017 beschäftigen.

### **Heute (28.9.) berichtet die Hildesheimer Allg. Zeitung über die möglichen Suedlink-Trassen. Der Landkreis Hildesheim wäre erneut stark betroffen. Wie bewertest Du die vorgestellten Varianten? Siehst Du Möglichkeiten, die Belastung für den Landkreis Hildesheim zumindest zu reduzieren?**

Bereits in den vergangenen Monaten hat mich der mögliche Verlauf der sogenannten SuedLink Trassen intensiv beschäftigt. Insofern bin ich über die nun vorgestellten Trassenverläufe nicht verwundert. Festzuhalten ist bereits heute, dass der Landkreis bei allen Varianten zu 100% tangiert wird. Dies bedeutet, zumindest in der Bauphase erhebliche Belästigungen für die Einwohnerinnen und Einwohner der betroffenen Gemeinden. Erfreulicherweise werden die Trassenverläufe an bereits bestehenden Trassen langgeführt und zumeist in Erdverkabelungsvariante erstellt. In den kommenden Monaten bis zur Eröffnung des offiziellen Planfeststellungsverfahrens sind noch etliche Gespräche mit den betroffenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Tettet geplant. Der Landkreis Hildesheim kann hierbei allerdings nur eine moderierende Rolle einnehmen. Den Verlauf der Trassen in irgendeiner Form zu beeinflussen, steht nicht in unserer Kompetenz. Politisch halte ich es

dennoch für opportun, den betroffenen Gebieten der Trassenverläufe eventuell monetär unter die Arme zu greifen. Hier könnte beispielsweise über einen Sonderländerfinanzausgleich den betroffenen Nordländern durch die Südländer entgegengekommen werden. Schließlich erfolgt die Verkabelung nur aus dem Grund, dass der bei uns produzierte Strom in den Süden unseres Landes gebracht werden muss. Hierfür könnte ich mir eine gewisse Entschädigung des Südens für den Norden gut vorstellen. Dieses liegt natürlich nicht in der Zuständigkeit des Landkreises Hildesheim, sondern ist auf anderer politischer Ebene zu klären.

**Die Flüchtlingspolitik prägte die Zeit September 2015 bis zum Sommer dieses Jahres. Derzeit kommen weniger Flüchtlinge zu uns, die Integration der bei uns Bleibenden steht aber auf der Tagesordnung. Wo siehst Du Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsmöglichkeiten im Landkreis Hildesheim?**

Die Flüchtlingsproblematik hat sich glücklicherweise im Verlauf des Jahres wieder normalisiert. Ein weiter so wie am Anfang diesen Jahres hätte wohl der Landkreis als auch das Land an sich sicherlich nicht verkraften können. Die Unterbringung der bereits angekommenen Menschen und der noch kommenden Menschen läuft momentan im Tagesgeschäft. Wir sind dabei, die in der heißen Phase des Flüchtlingsandrangs notwendig gewordenen größeren Unterkünfte, wie Hotels sowie leer stehende Schulen sukzessive leerlaufen zu lassen, und diese Menschen wieder auf normale Wohnungen zu verteilen. Insofern sehe ich an dieser Stelle momentan keinen zusätzlichen Handlungsbedarf. Völlig neu ist jedoch die nunmehr beginnende Integration dieser Menschen. Eine staatliche Integration hat es in Deutschland bislang noch nicht gegeben.

Deshalb betreten wir gesamtstaatlich hier Neuland. Ich zumindest will meine Kreisverwaltung zu Beginn des nächsten Jahres wie bereits unter Punkt 1 aufgeführt so aufstellen, dass wir mit möglichst wenig Schnittstellen die Integrationsarbeit zügig voranbringen können.

**Gibt es bei der Flüchtlingspolitik bzw. der Integrationspolitik Punkte, bei denen Du Dir ein größeres Engagement von Bund oder Land wünschen würdest?**

Eigentlich bin ich ganz zufrieden mit dem Engagement des Bundes und des Landes, welches sie in diesem Jahr an den Tag gelegt haben. Insbesondere die monetäre Unterstützung (10.000,00 Euro pro Flüchtling pro Niedersachsen) war und ist ein gutes hilfreiches Zeichen des Landes. Wünschen würde ich mir eine noch stärkere Koordinierung der angelaufenen Maßnahmen insbesondere im Bereich der Sprachförderung und der Arbeitsförderung. Hier sind momentan noch sehr viele teilweise auch parallel laufende Maßnahmen zu erblicken.

**Ein Thema aufgrund eigener, neuer Verantwortung. Der Landkreis Hildesheim ist bei der Kinder- und Jugendpflege gut aufgestellt. Ich will hier das Stichwort Piaf nennen. Wo siehst Du ggf. dennoch Probleme und Handlungsbedarfe, die die Kreispolitik in den nächsten Monaten angehen sollte?**

Sicherlich ist der Landkreis bei der Kinder- und Jugendpflege gut aufgestellt. Gerade das Projekt Piaf ist bundesweit einmalig und wird von mir auch deshalb in den kommenden Jahren weiterunterstützt werden. Handlungsbedarf sehe ich dennoch im Bereich der Kita-Finanzierung. Der von uns mit den Gemeinden seit ungefähr 10 Jahren abgeschlossene Finanzvertrag ist meines Erachtens nicht mehr zeitgemäß. Ich möchte, wie ich das bereits in

meinen Wahlschwerpunkten dargelegt habe, gerne mit den Gemeinden zu einer solchen Regelung kommen, dass wir die Finanzierung über eine geminderte Kreisumlage darstellen. Im Gegenzug würde die bisherige ca. 24 Mio. Euro hohe Kofinanzierung der Kitas, Horte etc. durch den Kreis entfallen können. Dieses möchte ich mit den Gemeinden im nächsten Jahr kommunizieren. Darüber hinaus sehe ich dringenden Handlungsbedarf in der Organisation und Arbeitsweise des Jugendbereiches der Kreisverwaltung. Gerade weil hier sehr viel Geld bewegt wird, gibt es auch in der Organisation immer noch Verbesserungsmöglichkeiten.

**Zur Situation der SPD: Vor einigen Wochen hat Sigmar Gabriel bei einer Veranstaltung der SPD in Nürnberg ein stärkeres kommunales Profil der SPD angemahnt. Teilst Du diese Einschätzung? Was gehört aus Deiner Sicht dazu?**

Schön, dass Sigmar Gabriel seine kommunale Seele entdeckt hat. Was er jedoch meint, weiß ich nicht. Die SPD ist meiner Erfahrung heraus eine Basispartei, das heißt, sie kommt von unten aus den Dörfern, Städten und Gemeinden und ist damit doch zunächst eine kommunale Partei. Ich denke die SPD hat bereits eine kommunale Seele. Wenn er allerdings meint, dass die Bundes SPD bei ihren Aktionen und Programmen vermehrt ein Auge und ein Herz für Kommunen haben sollte, unterstütze ich das sehr gerne. Dazu zählt insbesondere zu erkennen, dass auch kleine Maßnahmen die in Berlin beschlossen werden, manchmal große Auswirkungen vor Ort in den Kommunen haben können. Dieses gilt insbesondere für die kommunalen Finanzen. Auch die Nichtdienstherrenfähigkeit der Jobcenter halte ich für ein großes kommunales Problem, dass so richtig in Berlin jedoch nicht angegangen wird.

**Deine Ergebnisse bei der Landratswahl waren super. Schaut man sich die Umfragen für unsere Partei auf Bundesebene an, dann liegen wir nach wie vor - und das schon sehr lange - bei ca. 23 Prozent. Wie kann die SPD dieses Tief überwinden? Wie kann sie wieder mehrheitsfähig werden?**

Ich denke bei den Ergebnissen zur Landratswahl und der übrigen Wahl sollte man klar unterscheiden, dass Landratswahlen wie auch Bürgermeisterwahlen zunächst Personenwahlen sind. Hier geht es also darum, dass die entsprechende zu wählende Person sich gut präsentiert. Dabei ist es besonders wichtig, auch über den Tellerrand hinaus zu schauen. Damit will ich sagen, dass es, so war es zumindest meine Erfahrung, wichtig ist, nicht nur bei der reinen SPD-Wählerschaft Punkte zu sammeln, sondern auch mit anderen zu kommunizieren und zu arrangieren. Dieses könnte dann auch für die Partei an sich hilfreich sein. Das SPD-Mitglieder SPD wählen, dürfte hoffentlich selbstverständlich sein, deshalb sollte sich die Partei und ihre Mitglieder darauf konzentrieren, gerade die Nichtmitglieder anzusprechen und zu motivieren, auch ohne dass sie gleich Mitglied werden müssen. Ich denke die SPD hat gute Themen, gute Ansätze und gute Visionen für die Zukunft und sollte sich nicht scheuen mit ihren Ansichten auch außerhalb ihres angestammtes Wählerpotenzials zu werben. Dogmatismus hilft auf keinen Fall weiter.

Zum Schluss und dieses passt zum letzten Punkt, möchte ich noch einmal feststellen, dass ich sehr glücklich über das hervorragende Wahlergebnis bei der Landratswahl gewesen bin und eigentlich auch immer noch bin. Dass ich in allen Gemeinden mit weitem Abstand vor meinen Mitbewerbern lag und dabei nur in drei Gemeinden unter 50% der Stimmen auf mich entfallen sind (Schellerten, Giesen und Diekholzen) ist ein schöner Lohn für die von mir

geleistete Wahlkampfarbeit. Dass dieses nicht von alleine so laufen konnte, sondern nur mit Unterstützung aller Genossinnen und Genossen ist glaube ich selbstredend. Insofern bedanke ich mich auch bei den Genossinnen und Genossen des SPD-Gemeindeverbandes Holle.

### **Gruppenvereinbarung zwischen SPD und CDU im Kreistag - eine solide und stabile Mehrheit zur Umsetzung sozialdemokratischer Politik**

Am 17. November 2016 hat die SPD-Fraktion im Hildesheimer Kreistag die Gruppenvereinbarung mit der CDU gebilligt. Sie skizziert die gemeinsamen Schwerpunkte für die Arbeit im Kreistag für die kommenden fünf Jahre. „Die Gruppenvereinbarung ist die Grundlage für eine solide und stabile Mehrheit“, so Klaus Bruer, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, und Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim, übereinstimmend. „Und sie ist geprägt von unseren Schwerpunkten.“

„Unser Anspruch an die Arbeit im neuen Kreistag war und ist, sozialdemokratische Politik für unseren Landkreis nicht nur zu formulieren, sondern diese auch umzusetzen und unseren Landkreis auch zukünftig aktiv zu gestalten“, betont Klaus Bruer. „Dafür benötigen wir eine solide und stabile Mehrheit.“ Mit der nun vorliegenden Vereinbarung sei eine gute Grundlage für die Arbeit im Kreistag in den kommenden fünf Jahren geschaffen worden. Gleichzeitig unterstrich er den Charakter der

Gespräche mit der CDU. Diese hätten in sachlicher und sehr konstruktiver Atmosphäre stattgefunden.

Auch Waltraud Friedemann sieht in der Gruppenvereinbarung eine gute Grundlage für die Arbeit in den kommenden fünf Jahren. „Kreientwicklung, berufliche Bildung, Frauen und Wirtschaft und viele andere Punkte, für die wir geworben haben, sind in der Vereinbarung enthalten“, unterstreicht Waltraud Friedemann. „Wir freuen uns nun auf die Arbeit und die konkrete Umsetzung.“ Im Hinblick auf die SPD im Landkreis Hildesheim betont sie, dass Kreispolitik nicht losgelöst von der Politik in den Städten und Gemeinden sei. „Es gilt, eine Politik aus einem Guss zu gestalten – für einen starken Landkreis mit starken Kommunen“, so Waltraud Friedemann.





Die Gruppenvereinbarung beschreibt für die einzelnen Bereiche der Kreispolitik die gemeinsamen Schwerpunkte für die kommenden fünf Jahre und sie enthält wesentliche Positionen der SPD:

Um wichtige Beispiele zu nennen:

- Der bodengebundene Rettungsdienst soll in der derzeitigen Form von gemeinnützigen Organisationen fortgeführt werden. Dabei sollen zur Sicherung der regionalen Strukturen langfristige Verträge mit gemeinnützigen Organisationen geschlossen werden. Dadurch soll künftig auch der Verzicht auf das bisherige Verfahren mit einer Ausschreibung des bodengebundenen Rettungsdienstes erreicht werden.
- Das Themenfeld „Frauen und Wirtschaft“ soll konzeptionell weiterentwickelt werden unter Einbindung und Stärkung der Koordinierungsstelle „Frauen und Wirtschaft“.
- „Neuer Zusammenhalt – Agenda zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Landkreis Hildesheim“: Es soll unter Beteiligung der Gemeinden eine Masterplan erarbeitet werden, der der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Landkreis dient. Einbezogen werden die demographische Entwicklung, die Fortschreibung der kommunalen Strukturdaten, die in den „Perspektiven einer kommunalen Strukturreform im Landkreis Hildesheim“ begonnen wurden. Schwerpunkte sollen die öffentliche Daseinsvorsorge, die Mobilität, die Digitalisierung, der Tourismus u.a. sein. Das Ziel ist ein Masterplan für den Landkreis.
- „Modellprojekt Schulkrankenschwestern“ mit zwei Schulen im Landkreis: Unter Hinweis auf das Projekt „Schulkrankenschwester“ im Land Brandenburg und in Anlehnung daran soll ein Modellprojekt durchgeführt werden.
- Fahrtkostenübernahme im Bereich der Sekundarstufe II: Es sollte allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig vom Sozialstatus der Eltern, die höchstmögliche Ausbildung zu kommen. Fahrtkosten sollten kein Hindernis sein. Ziel für die Wahlperiode ist, dass es zukünftig auch für den Sekundarbereich II eine kostenlose Beförderungsanspruch gibt.
- Stärkung der dualen Berufsausbildung: Die Verwaltung wird beauftragt, ein regionales "Bündnis duale Berufsausbildung" mit allen Akteuren in diesem Bereich zu gründen. Vorbild ist das vergleichbare Bündnis auf Landesebene.
- Die Programme Piaf, Griffbereit und Rucksack werden fortgesetzt und sollen ausgeweitet werden.
- Jugendforum: Zur stärkeren Einbeziehung von jungen Menschen in politische Prozesse und zur Stärkung von Demokratie und Partizipation wird auf Ebene des Landkreises Hildesheim ein Jugendforum gebildet.

Die Gruppenvereinbarung von SPD und CDU finden Sie als pdf-Dokument auf der Seiten <http://www.sven-wieduwilt.de>.

## Im Kreistag - Einrichtung eines Migrationsausschusses

In seiner konstituierende Sitzung am 21. November 2016 hat der Kreistag des Landkreises Hildesheim die Einrichtung eines Migrationsausschusses beschlossen.

Seine Aufgabe ist die Bündelung der Aufgaben und Themen, die entscheidend sind, um zu einer gelingenden Integration im Landkreis Hildesheim beizutragen.

Die Entscheidung ist richtig: Wir wissen, dass die Integration eine Aufgabe vieler Jahre sein wird und eine Querschnittsaufgabe ist. Die Bündelung der Zuständigkeiten in der Kreisverwaltung und in bei den Gremien des Kreistages ist die richtige Konsequenz.



## Bernd Westphal – Kandidat für die Bundestagswahl im September 2017

Bei der Wahlkreiskonferenz des SPD-Unterbezirks Hildesheim, die am 25. November 2016 in Alfeld stattfand, wurde Bernd Westphal zum Kandidaten im Wahlkreis 48 für die Bundestagswahl im September 2017 gewählt: 96,7 Prozent Ja-Stimmen. 116 der anwesenden Delegierten stimmten für ihn. „Ein hoher Vertrauensbeweis und eine große Motivation und starker Rückenwind für unseren gemeinsamen Wahlkampf“, betonte Bernd Westphal. Und fügte hinzu: „Ich will diesen Wahlkreis direkt gewinnen.“

Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim, gratulierte Bernd Westphal zu seiner Wahl. „Das ist ein tolles Ergebnis“, so Friedemann. „Und es ist ein guter Start in den Bundestagswahlkampf, der für uns heute beginnt.“ Der Anspruch der SPD sei, den Wahlkreis wieder direkt zu gewinnen. „Lasst uns gemeinsam mit Bernd Westphal hieran arbeiten“, sagte Waltraud Friedemann mit Blick auf die Delegierten. Sie freue sich auf einen engagierten Wahlkampf. Gleichzeitig lobte sie Bernd Westphal für seine Arbeit in den zurückliegenden Jahren. „Bernd Westphal kümmert sich um den Wahlkreis, er hat eine hohe Präsenz und er vertritt die Themen, die für die Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind.“

In seiner Rede zog Bernd Westphal eine Bilanz seiner geleisteten Arbeit. „In den letzten Jahren habe ich durch hohe Präsenz, Verlässlichkeit und Engagement hier vor Ort im Wahlkreis gezeigt, dass ich Ansprechpartner für alle Belange bin“, unterstrich Westphal. Und er hob die Erfolge hervor: Einstufung des Stichkanals in den vordringlichen Bedarf, der 3.

Autobahnanschluss, der behindertengerechte Ausbau des Bahnhofes Barnten, die Ortsumgehung Marienhagen und Eime, Zuschüsse für die Universität Hildesheim sowie beim Einsatz für Flüchtlinge vor Ort.

Auch mit aktuellen Entwicklungen im Parteiensystem setzte Bernd Westphal sich auseinander. „Wir erleben eine Zeit, in der einige Grundpfeiler unserer Demokratie – die offene Gesellschaft, die Toleranz gegenüber anderen und auch der respektvolle Umgang miteinander – in Frage gestellt werden“, so Westphal. „Wir erleben eine Zeit, in der Populisten und Autokraten auf dem Vormarsch scheinen.“ Im Hinblick auf die AfD betonte er: „Die AfD ist keine Alternative für Deutschland. Sie ist eine Partei der Vergangenheit. Sie ist der Abgrund für Deutschland.“

Dem stellte er die SPD gegenüber. „Wir hingegen sind eine Partei mit Vergangenheit, aber für die Zukunft“, betonte Bernd Westphal. Die SPD sei die älteste Volkspartei in Deutschland mit einem klaren Kompass für soziale Gerechtigkeit, mit dem Anspruch Zukunft zu gestalten. „Eine Zukunft mit einem modernen, weltoffenen, wirtschaftlich erfolgreichen, sozial gerechten und umweltpolitisch vorbildlichen Deutschland!“ Bernd Westphal skizzierte drei Bereiche, um das deutlich zu machen

und zu zeigen, was ihm wichtig ist: Soziale Gerechtigkeit, ökologische Modernisierung der Wirtschaft und die Außen- und Sicherheitspolitik. „Wir brauchen gute Arbeit, die zufrieden und nicht krank macht“, so Westphal. „Und wir brauchen die Einführung der Bürgerversicherung anstelle einer Zweiklassenmedizin und das muss Voraussetzung für eine mögliche Regierungsbeteiligung sein.“

Zum Abschluss seiner Rede warb Bernd Westphal noch einmal um das Vertrauen der Delegierten. „Ja, es kann ab und zu auch anstrengend werden. Aber ich kann euch versichern, ich bin verdammt stolz darauf, als Sozialdemokrat für unsere SPD ins Rennen zu gehen“, betonte Westphal. „Lasst uns ein starkes Signal der Geschlossenheit an die Menschen im Landkreis Hildesheim senden.“

Das „Signal der Geschlossenheit“ folgte bei der Wahl. 96,7 Prozent und damit 116 Delegierte stimmten für Bernd Westphal. Es gab 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.





## Gemeinderatsfraktion kommt zu Auftaktklausur zusammen

Am 5. November 2016 kam die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Holle zu Beginn der Wahlperiode unter Leitung der Fraktionsvorsitzenden Maïke Gückel zu ihrer Auftaktklausurtagung zusammen. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Vorstellung und die Beratung des Haushaltes 2017. „Es war eine erfolgreiche Arbeitsklausur“, betonte Maïke Gückel.

Der Haushalt 2017 wurde von Klaus Huchthausen, Bürgermeister der Gemeinde Holle, und Torsten Krakowski, Kämmerer der Gemeinde Holle, vorgestellt. Klaus Huchthausen betonte, dass die Gemeinde bei den Sporthallen, bei der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung und den Dorfgemeinschaftshäusern gut aufgestellt sei. „Das gilt auch für den Schuldenstand und die Hebesätze bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer, bei denen wir jeweils unter dem Landesdurchschnitt liegen“, unterstrich Klaus Huchthausen weiter. Diese gute Basis sei aber auch Verpflichtung für zukünftige

Investitionsentscheidungen und deren Auswirkungen auf den Haushalt. „Der Haushaltsplanentwurf folgt aber der bisherigen Politik des Ausgleichs zwischen Investitionen und solider und verantwortungsbewusster Haushaltsführung.“

Die Entwicklungen bei der Kinderbetreuung und



der frühkindlichen Bildung sowie die Entwicklung der Dorfgemeinschaftshäuser waren weitere Themen der Klausurtagung.

Außerdem beriet die SPD-Fraktion über ihre Arbeitsstrukturen. Im Hinblick auf die Ratsarbeit beschloss sie, die Verwaltung zu bitten, zukünftig Beschlussvorlagen und Beschlüsse öffentlicher Sitzungen auf der Homepage der Gemeinde Holle einzustellen.



Maïke Gückel zeigte sich im Anschluss an die Sitzung mit den Ergebnissen zufrieden. „Es war eine Arbeitsklausur, mit der wir gut in die neue Wahlperiode starten“, so Maïke Gückel. „Nun kommt es darauf an, die Ergebnisse in die Ratsarbeit hineinzutragen und erfolgreich umzusetzen.“

## Schulkrankenschwestern – für ein Modellprojekt des Landkreises Hildesheim

Ein Diskussionsbeitrag von Klaus Bruer und Sven Wieduwilt\*

Die Debatten um personelle Unterstützungen im Schulalltag sind nicht neu: Unterstützung durch Verwaltungskräfte und die Schaffung von Freiräumen für pädagogische Arbeit, die Stärkung der Schulsozialarbeit und andere Punkte. Während andere Staaten und Bundesländer den Ausbau des Schulgesundheitsystems diskutieren und auf den Weg bringen, hat dieses Thema die schulpolitische Diskussion in Niedersachsen noch nicht erreicht. Es wird Zeit hierfür. Der Landkreis Hildesheim sollte Vorreiter werden.

Andere Staaten sind hinsichtlich des Ausbaus des Schulgesundheitsystems und der Verzahnung von Schule und Gesundheit weiter: In Skandinavien, Frankreich und anderen Staaten ist diese Verzahnung von Schule und Gesundheit durch „Schulkrankenschwestern“ bereits lange etabliert. Aber auch andere Bundesländer haben sich auf den Weg gemacht. Zu nennen sind hier Brandenburg und Hessen und deren Teilnahme an dem Pilotprojekt „Einführung von schuleigenen Pflegefachkräften.“

Der Ansatz ist genau richtig. Man weiß um die gesundheitlichen Probleme von Schülerinnen und Schülern: u.a. Entwicklungsdefizite, psychische Störungen, chronische Krankheiten. „Der Blick auf die Entwicklungschancen jedes Kindes ist das zentrale Element einer Pädagogik der Vielfalt und Ermutigung.“ – so der Koalitionsvertrag „Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen.“ von SPD und Bündnis90/Die Grünen in Niedersachsen in dem Kapitel über

Inklusion. Aber dieser Anspruch darf nicht alleine auf den engen Bereich der Inklusion nach UN-Konvention bezogen sein und bleiben. Es muss der generelle Anspruch an Bildung und Bildungsgerechtigkeit sein. Zu Recht hat die SPD-Landtagsfraktion 2014 ihren Ansatz weitergefasst – allerdings auch in Bezug zur damals auch öffentlich intensiv geführten Debatte um die Erfordernisse der Inklusion von Kindern mit Handicap: „Wir diskutieren das Thema viel mehr, weil es dem sozialdemokratischen Gesellschafts- und Menschenbild entspricht. Ziel sozialdemokratischer Politik war und ist gesellschaftliche Emanzipation und Partizipation mit dem Ziel, den einzelnen Menschen in die Lage zu versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das ist unser Antrieb, die ‚Inklusive Gesellschaft auf die politische Tagesordnung zu setzen.“

Gesellschaftliche Emanzipation und den Menschen befähigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen: Wenn wir diesen (sozialdemokratischen) Anspruch ernst nimmt, müssen wir auch den Gesundheitsaspekt mit in die schulpolitische Debatte einbinden. Schuleigene Pflegefachkräfte, die Schulkrankenschwestern bzw. „school nurses“ könnten hierauf die richtige Antwort sein. Und die Diskussion in der Fachszene läuft hierzu bereits.

### Zu den Aufgaben

In den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin e.V. (DGSPJ) zum Ausbau des Schulgesundheitsystems durch „school nurses“ in Deutschland vom Februar 2015, die von Gabriele Ellsäßer, Bettina Langenbruch und Ulrike Horacek formuliert wurden, wird auch das Aufgabenspektrum von Schulgesundheitschwester beschrieben.

„Das Aufgabenspektrum der Schulgesundheitschwester umfasst:

- pflegerische und medizinische Unterstützung chronisch kranker und behinderter Schüler bei der Umsetzung der Inklusion (4) in Schulen (wie personenbezogene Maßnahmen der Grund- und Behandlungspflege, Verabreichung von Medikamenten);
- Brückenfunktion zu Gesundheitsversorgungseinrichtungen außerhalb von Schule;
- erste Ansprechpartnerin bei Unfällen, Krankheitszwischenfällen oder auch akut auftretenden Erkrankungen;
- erste Ansprechpartnerin und Vertrauensperson („Kümmerer“) für Schüler zu allen Fragen körperlicher und psychischer Gesundheit;
- Durchführung von Screening-Untersuchungen im Zusammenarbeit mit dem Schularzt des ÖGD
- im Sinne von Public Health Gesundheitsbeobachtung der Schülerschaft, Analysen zu spezifischen Bedarfen mit Handlungsempfehlungen zu Maßnahmen;
- Entwickeln, Anstoßen und Begleiten von Gesundheitsförderangeboten, die am Bedarf in der jeweiligen Schule ansetzen;
- interdisziplinäre Zusammenarbeit (innerhalb von Schule) und Kooperation mit Partnern außerhalb: Garant für und Akteur in Vernetzung.“ (Horacek, Ulrike/Ellsäßer, Gabriele/Langenbruch, Bettina, Empfehlungen zum Ausbau des Schulgesundheitsystems durch „school nurses“ in Deutschland. Schulgesundheitschwester (SGS) in Deutschland, <http://www.dgspj.de/wp-content/uploads/service-stellungnahmen-schulgesundheitschwester-januar-2015.pdf>)

Die Schulkrankenschwester wäre „Brücke zwischen Gesundheit und Bildung“ (ebd.).

### Der Landkreis Hildesheim als Vorreiter

Der Landkreis Hildesheim war bereits an anderer Stelle Vorreiter, wenn es um die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Entwicklung unserer Kinder ging. Wir erinnern an der Stelle an PiaF - Prävention in aller Frühe, das als Modellprojekt gestartet war und mittlerweile bundesweites und anerkanntes Vorzeigeprojekt ist.

Wir wollen, dass der Landkreis Hildesheim auch bei dem Thema Schulgesundheit eine Vorreiterrolle einnimmt und mit einem Modellprojekt „Schulkrankenschwestern“ an zwei Schulen die Brücke zwischen Gesundheit und Bildung im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder übernimmt.

Dabei ist klar, dass es derzeit nicht mehr als ein Modellprojekt sein kann. Wir werden nicht in der Lage sein, dieses Modell aus eigener Kraft auf alle Schulen in der Trägerschaft des Landkreises zu übertragen. Aber das Modellprojekt kann zeigen, dass es funktioniert – und vor allem: wie es im Schulalltag funktionieren kann. Damit kann dann auch die Debatte über die Finanzierung geführt werden. Dabei ist sicherlich auch die Landespolitik gefragt und in die Verantwortung zu nehmen. Auch das Job-Center sollte in die Finanzierung einbezogen werden.

Wir werden unsere Vertreterinnen und Vertreter in den landespolitischen Gremien bitten, die Diskussion dorthin zu tragen und hierfür zu sensibilisieren.

\* Klaus Bruer, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, Sven Wieduwilt, stellv. Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion und des SPD-Unterbezirks Hildesheim

## SPD-Gemeinderatsfraktion besichtigt Kindergärten

Bei der Klausurtagung am 5. November wurde der Wunsch geäußert, gut zwei Wochen später wurde er umgesetzt: Am 18. November 2016 besichtigten die Mitglieder der SPD Ratsfraktion die Kindergärten in Sillium, Sottrum und Heersum.



Hintergrund für die Besichtigung war der Wunsch insbesondere der neuen Ratsmitglieder, sich vor Ort einen Eindruck von der jeweiligen Einrichtung zu verschaffen.

"Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung haben bei uns in der Gemeinde schon lange

einen hohen Stellenwert", so Maike Gückel, Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion. Das werde

auch zukünftig so bleiben. "Von daher war der Wunsch gegeben und berechtigt, die Gegebenheiten nicht nur vorgetragen zu bekommen, sondern sich einen eigenen Eindruck zu verschaffen."



## IMPRESSUM

Sven Wieduwilt

Mitglied des Kreistages des Landkreises Hildesheim, Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle

Adresse: Wiethagen 3 31188 Holle

E-Mail: [info@sven-wieduwilt.de](mailto:info@sven-wieduwilt.de)

Homepage [www.sven-wieduwilt.de](http://www.sven-wieduwilt.de)